Jahrgang. Nr. 290

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Dienstag, 21. Juni 1932

Hoover greift in Lausanne und Genf ein

Amerikanischer Druck auf Frankreich

Drahtbericht unseres nach Lausanne entsandten W.-H.-Sonderberichterstatters

Lausanne, 21. Juni. Im Laufe des späten Vormittags wurde eine wichtige amerikanisch-französische Zusammenkunft in Morges (einem Städtchen zwischen Lausanne und Genf) bestätigt, die gestern nacht überraschend stattgefunden hat. Daran nahmen Herriot und Paul Boncour auf französischer, Gibson und Norman Davis auf amerikanischer Seite teil. Es wird mit Bestimmtheit erklärt, daß dieser französisch-amerikanischen Aussprache große Bedeutung zukomme.

Gibson soll auf Grund direkter Anweisungen aus Washington erklärt haben, daß an eine Schuldenstreichung durch Amerika ohne substantielle Herabsetzung der Rüstungen nicht zu denken sei.

Demgegenüber habe Herriot die Sicherheitsfrage, wie üblich, aufgeworfen. Auf jeden Fall wird man in dieser Zusammenkunft eine direkte amerikanische Aktion sehen können, die sich sowohl auf Genf wie auf Lausanne auswirken kann.

Zu dem Zusammentreffen Gibsons mit Herriot hört man hier folgende Einzelheiten: Gibson soll den amerikanischen Standpunkt in der Abrüstungsfrage noch einmal dargelegt haben. Darauf soll der französische Ministerpräsident erklärt haben, die amerikanische These von der quantitativen Abrüstung sei für Frankreich völlig unannehmbar. Man könne vielleicht über qualitative Abrüstung reden, aber man müsse die quantitative Frage aus dem Spiel lassen. Demgegenüber soll Gibson wiederholt haben, daß Amerika zu einem positiven Resultat kommen will.

Wenn Frankreich in der Frage seiner Verpflichtungen an Amerika etwas erreichen wolle, so müsse es seinerseits zu Opfern bereit sein.

Besonders bemerkenswert an dieser Zusammenkunft ist die Tatsache, daß hier zum ersten Male die Frage der Abrüstung und der internationalen Schulden als eng zusammenhängend erwähnt wird.

Reichskanzler von Papen hat heute vormittag mit Grandi im Lausanner Palast-Hotel konferiert. Man sucht nun von dieser Seite aus nach Lösungen. Ebenso hat Reichswirtschaftsminister Warmbold mit französischen Sachverständigen gesprochen, und zwar, wie man hört, über die Lage im Donaugebiet und über die Möglichkeit wirtschaftlicher Hilfsmaßnahmen für die agrarischen Donauländer. Heute nachmittag wird der Reichsfinanzminister ebenfalls mit dem französischen Delegierten sprechen.

Die Gläubiger verhandeln unter sich

Drahtbericht unseres nach Lausanne entsandten W.-H.-Sonderberichterstatters

Lausanne, 21. Juni. Von französischer Seite werden immer neue Versionen eines französischen Zahlungsplanes in die Welt gesetzt. Die Vermutung liegt nahe, daß man so den Widerstand der Gegner allmählich zermürben, die Welt an das Weiterbestehen von Tributansprüchen (wenn auch vielleicht notdürftig verschleiert) gewöhnen und zum mindesten ein Kompromiß vorbereiten möchte. Um so weniger hat man auf deutscher Seite Anlaß, sich ernsthaft und ausführlich mit jedem neuen Gerücht oder durchsickernden Einzelheiten möglicher französischer Konstruktionen zu befassen.

Vor allem muß der Anschein vermieden werden, als könnten wir solche Pläne auch nur als Ausgangspunkt korrekter Verhandlungen betrachten.

Nicht ganz unbedenklich erscheint von diesem Gesichtspunkt aus die für heute vorgesehene Besprechung zwischen den Finanzministern Deutschlands und Frankreichs, nicht weil wir eine deutsche Konzession grundlegender Art für möglich halten, sondern weil in der Oeffentlichkeit ein falsches Bild entstehen könnte. Fest steht jedenfalls, daß die Staatsmänner in großer Verlegenheit sind. Gestern haben Herriot und Macdonald noch spät in der Nacht auf einem gemeinsamen Spaziergange beraten, und heute sind sie sofort wieder zusammengekommen. Man sieht daraus, welche Anstrengungen gemacht werden, um nicht nur in Genf, sondern auch in Lausanne die englisch-französischen Ansichten und Interessen auf einen Nenner zu bringen. Herriot verspricht sich offenbar nur in diesem Falle etwas von einem Druck auf Deutschland.

Besonders leidenschaftlich betonen die Franzosen, daß sie einen Ueberschuß von etwa 880 Millionen Goldmark bei völliger Streichung der Tribute und der interalliierten Kriegsschulden aufgeben würden, während England dann nur 87 Millionen, Belgien und Jugoslawien etwa ebenso viel, Italien nur 88 Millionen, Japan 12 Millionen, Rumänien und Portugal etwa 8 Millionen und Griechenland 8 Millionen preisgeben würden. Diesen Ueberschuß von mindestens 880 Millionen Goldmark, der ihnen für 37 Jahre im Youngplan zugesprochen sei, könnten sie nicht opfern.

Daß eine Verschuldung der Reichsbahn zugunsten Frankreichs gegenwärtig im Mittelpunkt der Pläne Herriots stehe, ist mit Gewißheit anzunehmen.

Die Lage gleicht jetzt der auf der ersten Haager Konferenz, wo ebenfalls die Gläubigermächte lange Zeit unter sich und nur gelegentlich mit Deutschland verhandelten und die Vollkonferenz ebenfalls vertagt war. Auch damals wartete die deutsche Delegation, ob und wie die Gläubiger sich untereinander verständigen würden. Nach allem was man hört, sind die englisch-französischen Gegensätze noch sehr tiefgehend. Beide Staaten haben immer noch eine weltverschiedene Grundanschauung von dem, was jetzt notwendig ist. Gerüchte, daß die Engländer sogar mit Abreise gedroht hätten, sind offenbar übertrieben.

Ueberhaupt wäre es falsch, auf die englische Standhaftigkeit allzu fest zu bauen.

Noch gefährlicher aber sind vielleicht die gleichlaufenden englisch-französischen Kompromißverhandlungen in Genf über Abrüstungsfragen, an denen bekanntlich auch die Amerikaner teilnehmen. Soweit man hier überhaupt an Abrüstung denkt, handelt es sich um einige unpraktische Riesentypen von Tanks, Flugzeugen und Geschützen. Um so energischer will man dafür der harmlosen Zivilluftschiffahrt zuleibe, um sie in Fesseln zu legen. Bezeichnenderweise wird schon wieder von Kontrolle der Rüstungen gesprochen, was natürlich gegen Deutschland gerichtet ist. Auch das Verbot des chemisch-bakteriologischen Krieges entspricht der Ansicht, Deutschland könnte durch neue Kriegsmethoden auf Grundlage seiner wissenschaftlichen Ueberlegenheit seine einseitige Entwaffnung illusorisch machen. Jedenfalls wird immer klarer, daß Deutschland hier nur dann etwas durchsetzen kann, wenn an seinem festen Willen nicht gezweifelt wird, jede neue Fessel und Ungleichheit abzulehnen und an seinen Grundrechten unverrückt festzuhalten. Hierbei kommt es freilich auch auf die Haltung der Heimat entscheidend an.

Schweres Absturzunglück im Salzkammergut

Drei Tote

Salzburg, 21. Juni. Am sogenannten Steinspitzl bei Traunkirchen im Salzkammergut ereignete sich am Sonntagnachmittag, wie erst jetzt bekannt wird, ein folgenschweres Absturzunglück. Drei junge Leute aus Ebensee im Salzkammergut wollten sich von der Spitze über eine etwa 200 Meter hohe Felswand abseilen und befestigten das Seil an einem Baum. Die drei Leute ließen sich gleichzeitig am Seil herunter. Infolge der übermäßigen Belastung löste sich jedoch der Felsblock, auf dem der Baum stand, und stürzte mit den drei Angeseilten in die Tiefe. Die sofort abgegangene Rettungsmannschaft konnte nur noch die schrecklich verstümmelten Leichen der drei Bergsteiger bergen. Die Leichen wurden nach Ebensee übergeführt. Die Namen der Toten sind noch nicht bekannt.

Deutscher Beamter in Frankreich verhaftet

Neustadt a. d. Hardt, 21. Juni. Der bayrische Oberforstmeister v. Bomhard, Vorstand des Forstamtes Neustadt-Süd, wurde am 18. Juni in Rombach (Lothringen) bei Besuch seines früheren Dienstsitzes mit seiner Familie von der französischen Gendarmerie verhaftet. Während die Familie am 20. Juni wieder freigelassen wurde, sitzt von Bomhard im Gefängnis in Metz. Gegen ihn ist Anklage erhoben wegen angeblichen Hausfriedensbruchs, wegen Bannbruchs (Rückkehr nach Rombach trotz seinerzeitiger Ausweisung) und schließlich deswegen, weil er angeblich an seine vorgesetzten Dienststellen während des Krieges über die Volksstimmung in Elsaß-Lothringen und insbesondere in Rombach berichtet haben soll.

Die Verhandlung gegen v. Bomhard vor dem französischen Gericht in Metz ist auf den 28. Juni festgesetzt. Die deutschen Behörden haben sich des Falles angenommen und die entsprechenden Schritte unternommen.

Hitler beim Reichsinnenminister

Eingreifen gegen roten Terror gefordert

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 21. Juni. Angesichts der für morgen vormittag bevorstehenden Konferenz der Innenminister der Länder im Reichsministerium des Innern ist ein Besuch bedeutsam, der gestern beim Reichsinnenminister v. Gayl stattgefunden hat. Wie erst jetzt bekannt wird, traf im Laufe des Montags Adolf Hitler in Berlin ein und begab sich alsbald zu einer Besprechung zum Reichsminister v. Gayl. Hitler war begleitet von den nationalsozialistischen Abgg. Dr. Frick, Dr. Frank II und dem politischen Bevollmächtigten Goering.

Es heißt, Hitler habe eine Einflußnahme dahin gefordert, daß in allen Ländern sowohl das Demonstrationsverbot als auch das Uniformverbot, soweit es verhängt worden ist, wieder aufgehoben werde.

Wie wir weiter hören, hat Hitler dabei u. a. auf Sachsen verwiesen, wo sich bisher alles in Ruhe und Ordnung abgespielt hat, beispielsweise der Aufmarsch der SA. in Dresden, der keinerlei Zusammenstöße zur Folge hatte. Die Beweisführung der Nationalsozialisten geht dahin, daß dort alles in Ordnung und Ruhe bleibt, wo die Notverordnung nicht nur ihrem formalen Inhalt, sondern auch dem Sinne nach strikt von Regierungen durchgeführt wird, die entschlossen sind, sich nicht dem Druck gewisser Linksparteien zu beugen, daß aber dort, wo gewisse Regierungen sich selbst an der Hetze gegen die nationale Bewegung beteiligen, Konflikte heraufbeschworen werden, die alsbald ausgeräumt werden müssen.

Sowohl die Münchner wie die Kölner Vorgänge bedürfen noch einer vollständigen Klärung. Bezeichnend ist,

daß z. B. in Köln der Stahlhelm inzwischen öffentliche Klage gegen die Kölner Polizeistellen erhoben hat.

Polizeipräsident in Köln ist der Sozialdemokrat Bauknecht, der kürzlich den Zusammenstoß mit dem nationalsozialistischen Abg. Dr. Ley hatte. Auch das Vorgehen gegen die Stahlhelmer sowie gegen die Nationalsozialisten in Düsseldorf scheint in den Formen, die von der Polizei dort für notwendig erachtet wurden, höchst überflüssig, um nicht zu sagen herausfordernd gewesen zu sein. Der Stahlhelm, der in diesem Sinne gewiß objektiv zu sein pflegt, ist z. B. im Falle Köln gerade derjenige, der sich am schärfsten gegen die Polizei und den Polizeipräsidenten wendet.

In Berliner politischen Kreisen rechnet man mit einer neuen Reichsnotverordnung, durch die zentral alle die Mißstände abgestellt werden sollen, die nach der ersten politischen Notverordnung aufgetaucht sind.

Der „Völkische Beobachter" warnt

München, 21. Juni. Unter der Ueberschrift „Eine letzte Warnung an den Reichsinnenminister — Wir verlangen sofortige durchgreifende Maßnahmen zum Schutz unserer SA.-Kameraden" erklärt der „Völkische Beobachter": Der letzte Sonntag sei der blutige Beginn des auf Moskauer Befehl vorgetriebenen Bürgerkrieges. Der Reichsinnenminister schweige und sehe den marxistischen Mobilmachungen untätig zu. Am Schluß heißt es: Herr von Gayl, die Zeichen stehen auf Sturm! Erkennen Sie die Stunde oder die Entwicklung wird unbarmherzig ihren Lauf nehmen!

Der nationalsozialistische „Angriff" kündigt heute der Regierung Papen die Opposition der Nationalsozialisten an, falls die Reichsregierung morgen gegenüber den aufsässigen Ländern nicht durchgreifen sollte.

Neue Männer im Reichsinnenministerium

Berlin, 21. Juni. Für den ausgeschiedenen sozialistischen Ministerialdirektor Menzel im Reichsinnenministerium wird, wie die Telegraphen-Union erfährt, der deutschnationale, ehemalige Reichstagsabgeordnete Georg Gottheiner Ministerialdirektor und Leiter der politischen Abteilung im Reichsinnenministerium werden. Der Posten des Ministerialdezernenten Häntzschel wird eingespart. Die Leiter von dessen Unterabteilungen werden dadurch selbständiger. Die Leitung der Abteilung „Verbände", die augenblicklich im Vordergrund des Interesses steht, hat Oberregierungsrat Erbe.

Vorläufig keine Rückkehr des Reichskanzlers

Berlin, 21. Juni. Entgegen anderslautenden Nachrichten ist es noch nicht sicher, ob der Reichskanzler bereits Ende dieser Woche wieder nach Berlin zurückkehrt. Der Zeitpunkt seiner Abreise aus Lausanne hängt von dem Verlauf der privaten Besprechungen ab, die zur Zeit zwischen den Großmächten im Gange sind.

Kommunistischer Mörder verhaftet

Berlin, 21. Juni. Der Berliner Kriminalpolizei ist es in der vergangenen Nacht gelungen, den Mörder des nationalsozialistischen Kunstmalers Prof. Schwarz festzunehmen. Es handelt sich um einen vierzig Jahre alten Kommunisten namens Fritz Wenzel, der den Nationalsozialisten in der Kolonie Felseneck hinterrücks erschossen hat. Wenzel wird nicht nur diese Mordtat zur Last gelegt; er wird von der Staatsanwaltschaft auch wegen verschiedener Betrügereien gesucht. Die Polizei stellte fest, daß er sich in der Wohnung eines Freundes unangemeldet aufhielt, wo er dann festgenommen werden konnte.

Rotfrontkämpferbund rührt sich

München, 21. Juni. Die Nationalsozialistische Korrespondenz setzt heute ihre Mitteilungen aus dem Rotfrontkämpferbund fort. Sie veröffentlicht einen „Erlaß der Reichsleitung des Rotfrontkämpferbundes", von dem sie erklärt, er sei als Befehl an die Untergliederungen des Bundes weitergegangen. Dieser „Erlaß" sei vom 18. Juni datiert. In ihm heiße es u. a., daß jede sogenannte Untergruppe einen Abwehrmann zu stellen habe, der bewaffnet sein müsse. Diese Abwehrleute würden von den Zugführern des Bundes ernannt; sie seien nur den höheren Führern bekannt.

SLUB
Wir führen Wissen.